



**Punkt 9 der öffentlichen Sitzung am 08. Februar 2011**

Vorlagen-Nr. 08-F-25-0091

**Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund in die Feuerwehr!  
- gem. Antrag von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 08.08.2008 -**

Neben ihren originären Aufgaben im Zuge des Brand- und Zivilschutzes leisten die Freiwilligen Feuerwehren wichtige soziale und gesellschaftliche Aufgaben. Dies gilt insbesondere für die Jugendfeuerwehr. In den Jugendabteilungen der Feuerwehr werden Werte wie Gemeinsinn, Hilfsbereitschaft und gegenseitiges Verständnis in besonderer Weise vermittelt. Dies macht sie zu Orten, an denen Integration besonders gut gelebt werden kann.

Allerdings sind Kinder und Jugendliche, insbesondere Mädchen mit Migrationshintergrund bei den Freiwilligen Feuerwehren deutlich unterdurchschnittlich vertreten. Ein Grund hierfür dürfte in dem Umstand begründet sein, dass die Institution „Freiwillige Feuerwehr“ in den meisten Herkunftsländern nicht bekannt ist.

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration wolle daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, ein Konzept erstellen, um eine Aktion mit den Freiwilligen Feuerwehren und der Berufsfeuerwehr Wiesbaden ins Leben zu rufen, um auch den Migrantanteil in den freiwilligen Feuerwehren zu erhöhen.

---

**Beschluss Nr. 0013**

1. Der mündliche Bericht von Herrn Hartenfels (Wiesbadener Berufsfeuerwehr) wird zur Kenntnis genommen.
2. Sobald der Bericht in schriftlicher Form vorliegt, wird er den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt.
3. Der gem. Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 08.08.2008 hat dadurch seine Erledigung gefunden.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2011

Spallek  
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .02.2011

Dem Magistrat  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Nickel  
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat  
- 16 -

Wiesbaden, .02.2011

Dezernat I/37  
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller  
Oberbürgermeister